

**Antrag 16/I/2021**

**SPD-OV Oststadt/Zoo**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**VW Dieselmanipulationen: Angemessene Entschädigung, transparente Aufklärung und klar nachvollziehbare Konsequenzen**

1 Es möge der Landesparteitag der SPD Niedersachsen folgenden Beschluss fassen und diesen an den SPD-  
2 Landes- und Bundesvorstand, die Bundestagsfraktion, die niedersächsische Landesregierung und die SPD-  
3 Landtagsfraktion weiterleiten:

4 Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Geschädigten der Dieselmanipulationen von VW-Kraftfahrzeugen  
5 durch den Automobilhersteller Volkswagen AG eine angemessene Entschädigung erhalten.

6

7 **Begründung**

8 Der Automobilhersteller Volkswagen AG hat nachweislich durch eine verbotene Software die Abgaswerte  
9 von den betroffenen Fahrzeugen resp. Motortypen vorsätzlich manipuliert, wodurch neben der zuständi-  
10 gen Bundesbehörde vor allem die betroffenen Verbraucher\*innen arglistig getäuscht und schlussendlich  
11 geschädigt wurden. Daraus ergeben sich diverse Nachteile für die betroffenen Verbraucher\*innen, die ne-  
12 ben den erheblichen Wertverlust ihres (neuen) Dieselfahrzeuges mittlerweile auch Dieselfahrverbote in  
13 einigen deutschen Großstädten beinhalten. Vom immateriellen Schaden - bewusst ein ökologisch „saube-  
14 res“ Dieselfahrzeug im Sinne des Umweltschutzes gekauft zu haben - ganz zu schweigen.

15 Wenn die SPD tatsächlich als Partei für mehr Gerechtigkeit in der deutschen Gesellschaft sowie im euro-  
16 päischen resp. globalen Raum glaubhaft eintreten und als solche auch wahrgenommen werden möchte,  
17 dann können wir uns an dieser Stelle nicht einfach aus unserer Verantwortung stehlen. Das ist auch auf  
18 viele weitere politische und gesellschaftliche Bereiche übertragbar.

19 Es steht außer Frage, dass die finanziellen Konsequenzen für den Automobilhersteller Volkswagen AG,  
20 wenn diese Forderungen umgesetzt werden würden, erheblich wären. Jedoch kann das weder für die ge-  
21 schädigten Verbraucher\*innen noch für allen anderen Personen eine nachvollziehbare Begründung dafür  
22 sein, wenn aus dem rechtswidrigen und vorsätzlichen Verhalten eines Großunternehmens, aus Angst die-  
23 ses in wirtschaftliche Bedrängnis zu bringen und damit Arbeitsplätze zu gefährden, keine rechtlichen und  
24 politischen nachvollziehbaren und angemessenen Konsequenzen folgen.

25 Folglich müssen im ersten Schritt eine angemessene Entschädigung der betroffenen Verbraucher\*innen  
26 sowie eine transparente Aufklärung und klar nachvollziehbare Konsequenzen innerhalb des Automobil-  
27 herstellers Volkswagen AG erfolgen.

28 Im zweiten Schritt muss ggfs. die niedersächsische Landesregierung, wohlmöglich mit Hilfe der deutschen  
29 Bundesregierung, eingreifen und mit zusätzlichen finanziellen Mittel helfen, wenn dadurch der Automo-  
30 bilhersteller Volkswagen AG in ernstzunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten gerät. Dann hätte die  
31 Politik jedoch die Möglichkeit, auf die verbindliche Einhaltung von gesetzlichen und moralischen Regeln  
32 und notwendigen strukturellen Veränderungen innerhalb des Automobilherstellers Volkswagen AG kon-  
33 struktiv einzuwirken.

34 Des Weiteren besteht in dieser Krise bzw. in diesem Kontext eine sehr große Chance für die SPD, wenn  
35 sie diese Überlegungen und Maßnahmen nicht nur auf Landes- und Bundesebene beschränken, sondern  
36 die europäische Dimension mit einbeziehen würde. Dadurch könnte sich die SPD klar erkennbar und glaub-  
37 würdig als „die (europäische) Partei für Gerechtigkeit“ präsentieren und profilieren. Es würden dann endlich  
38 den Worten Taten folgen, als die vielen seelenlosen und gebetsmühlenartigen Wiederholungen von leeren  
39 Worthülsen zum Thema Gerechtigkeit.

40 Es ist eben nicht nur wichtig das Richtige zu tun, sondern es muss auch zum richtigen Zeitpunkt und auf  
41 die richtigen Art und Weise geschehen.

42 Packen wir es an! Es wird Zeit für einen echten Aufbruch!

43

**Empfehlung der Antragskommission**

Ablehnung